

Frage 12: Welche Maßnahmen wollen Sie vorschlagen, um sicherzustellen, dass behinderte Menschen in jedem Stadium ihrer Existenz, also auch der vorgeburtlichen, die gleiche Anerkennung ihrer Würde und des damit verbundenen Rechtsschutzes erfahren wie Nicht-Behinderte? Wie wollen Sie die Rechtsprechung von ihrem derzeitigen Fehlverständnis behinderter Kinder als Schadensfälle abbringen? Wie soll sichergestellt werden, dass Ärzte nicht entgegen ihrem ärztlichen Gewissen zu einer Abtreibung voraussichtlich Behinderter raten, um sich selbst gegen Schadenersatzansprüche abzusichern? Was wollen Sie tun, damit der Unterhalt und die Betreuung eines behinderten Kindes für die Eltern erleichtert wird?

SPÖ

Der Gesetzgeber hat nicht ohne Grund die Möglichkeit einer Überschreitung der Drei-Monats-Fristenlösung für einen späteren Schwangerschaftsabbruch vorgesehen, wobei die Voraussetzungen für Straffreiheit eng umrissen sind. Mit Sicherheit trifft keine betroffene Frau diese Entscheidung leichtfertig und keiner Frau kann und darf diese schwere Entscheidung abgenommen werden. Auch die betroffenen Ärzte handeln höchst verantwortungsvoll. Es macht daher aus meiner Sicht keinen Sinn in dieser Frage verschiedene Rechte gegeneinander auszuspielen, vielmehr sollten wir uns darauf konzentrieren die Diskriminierungen behinderter Menschen im Alltag möglichst rasch abzubauen und uns aktiv für eine auf Rechtsansprüchen basierende, gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung einzusetzen. Familien mit behinderten Kindern brauchen unsere Unterstützung und die entsprechenden Rahmenbedingungen, damit alle Kinder mit ihren unterschiedlichen Talenten und Fähigkeiten ein selbstverständliches Miteinander erleben können.

ÖVP

Die ÖVP wird die heikle Frage der eugenischen Indikation offensiv ansprechen. Der gegenwärtigen Regelung liegt unserer Meinung nach eine problematische negative Wertung behinderten Lebens zugrunde. Gerade im Lichte der österreichischen Geschichte bedarf es einer erneuten Diskussion mit dem Ziel, jede Form der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen.

Die Grünen

Die Rechtsprechung ist weisungsfrei, ein direkter Einfluss also seitens der Politik nicht möglich. Es wird auf die Gesellschaft ankommen und die Politik als öffentliche Meinungsträgerin, sich für eine integrative Gesellschaft stark zu machen, die Leben niemals als Schadensfall bezeichnen kann. Das werden wir mit all den uns zu Verfügung stehenden Möglichkeiten tun.

Wir machen uns für eine inklusive Gesellschaft stark, in der alle Angehörigen dieser Gesellschaft die Möglichkeit haben, an allen Bereichen des Lebens teilzuhaben. Davon sind wir leider weit entfernt. Eine Gesellschaft, die Ausgrenzung verschiedener Menschengruppen akzeptiert und zulässt, verletzt nicht nur die Rechte der betroffenen Menschen, sondern schädigt sich als Gesellschaft, in dem sie gesellschaftliches und soziales Potential ignoriert. Das ist kein Schlagwort: Die baulichen, organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten, die Menschen mit Behinderungen brauchen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können, sind genau die selben, die pflege- und betreuungsbedürftige Menschen im Alter brauchen und nicht vorfinden. Es macht daher nicht nur aus grundsätzlichen und grundrechtsbezogenen Erwägungen „Sinn“, strukturelle und bauliche Barrieren zu beseitigen. Es liegt im Interesse aller, die von sich annehmen, dass sie in ihrer aktuellen Lebenssituation mit keinerlei Einschränkungen oder Behinderungen konfrontiert sind. Einen Menschen mit Behinderung in die Welt zu setzen soll nicht mehr mit so großer Angst verbunden sein wie heute, wo betroffene Familien größtenteils auf sich allein gestellt und ausgegrenzt sind.

Die Frage nach Aufhebung der sogenannten "Eugenischen Indikation" ist bei den Grünen in Diskussion. Die Grünen sind allerdings wie die österreichische Behindertenbewegung dagegen, dass die Frage der Eugenischen Indikation dazu missbraucht wird, die gesamte Fristenlösung in Frage zu stellen.

KPÖ

Hier handelt es sich zweifellos um schwerwiegende Gewissensentscheidungen, die letztlich nur die betroffenen Eltern ohne Druck selber treffen können und müssen.

Die Christen

Wie gesagt wollen wir gegen die Fristenlösung ankämpfen. Wir akzeptieren aber auch die geltende Indikationenregelung nicht.